

„Bürgerarbeit“ (CDU-Fraktion)

Inhalt der Anfrage:

In der Presse war zu lesen, dass in der Gemeinde Bad Schmiedeberg in Sachsen-Anhalt die Arbeitslosigkeit durch so genannte „Bürgerarbeit“ (gemeinnützige Beschäftigung in Vereinen, Kirchen, in der Jugend- und/oder Seniorenarbeit...) in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt sowie der dortigen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit in letzter Zeit halbiert werden konnte. Die Finanzierung soll über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie über die Landesübernahme der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung durchgeführt worden sein.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Ist der Verwaltung dieses (Pilot-)Projekt bekannt und kann die Verwaltung nähere Informationen hierzu geben?
2. Hält die Verwaltung eine an das Projekt in Bad Schmiedeberg angelehnte Umsetzung auch für Osnabrück für sinnvoll bzw. möglich?
3. Gibt es nach Kenntnis der Verwaltung weitere Kommunen, die vergleichbare oder ähnliche Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosenzahlen praktizieren?

Mit dem Einverständnis der Fragesteller geht die Antwort wie folgt zu Protokoll:

Zu 1.:

Die Konzeption des Projektes „Bürgerarbeit“ ist in der Anlage beigefügt. Inhalt dieses Konzeptes ist es, Arbeitslose, die nicht direkt oder durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können, in eine unbefristete Beschäftigung im Non-profit-Bereich zu vermitteln. Dabei ist die konsequente Abgrenzung der auszuführenden Tätigkeiten zum ersten Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung. Aus diesem Grunde werden alle lokalen Arbeitsmarktakteure, die dieses wünschen, in einer Koordinierungsstelle vernetzt. Diese Stelle hat die Gesamtsituation eines Wirtschaftsraumes im Blick und kann anlassbezogen auch Prüftätigkeiten vornehmen (Vermeidung des Verdrängungswettbewerbs). Die Höhe des Entgelts für diese Tätigkeiten lehnt sich an den durchschnittlichen Anspruch auf Arbeitslosengeld I bzw. Arbeitslosengeld II an, zuzüglich einer Aufwandsentschädigung und setzt sich somit aus aktiven und passiven Mitteln zusammen. Da eine solche Vermischung aufgrund der aktuellen gesetzlichen Regelung zurzeit nicht möglich ist, erfolgt die Finanzierungsbasis aus dem Eingliederungstitel und aus ESF-Mitteln.

Zu 2.:

Bei der AGOS gibt es Planungen zur Einführung von Arbeitsgelegenheiten mit Entgeltvariante im Non-profit-Bereich. Die Vorlage an den Verwaltungsrat für die Sitzung vom 12. Januar 2007 ist als Anlage beigefügt. Zurzeit werden verschiedene Gespräche u. a. mit dem Sozialdezernat der Stadt und den freien Trägern geführt, um die Planungen zu konkretisieren. Dabei kann die Umsetzung in einer kleinen Gemeinde mit 4.300 Einwohnern nicht unbedingt in einer Großstadt 1:1 übernommen werden. Noch nicht geklärt ist die Finanzierung dieses Modells. Der Eingliederungstitel der AGOS wurde in 2006 zu 98 % ausgeschöpft. Dabei lagen die Schwerpunkte bei der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und der Qualifizierung. Diese Schwerpunkte sollen auch in 2007 gelten.

Zu 3:

Weitere Kommunen sind nicht bekannt.